

# Ring frei zur letzten Runde

## Arbeitgeber wiederholen Kritik an Gesundheitsreform

Am kommenden Dienstag stimmt die Abgeordnetenkammer über den Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform ab, an den die Mitglieder des zuständigen Parlamentsausschusses gestern letzte Hand anlegten. Die Abgeordneten mussten unter anderem die Bedenken aus dem Weg räumen, die der Staatsrat in seinem Zusatzgutachten zur elektronischen Patientenakte und zur Definition der Kompetenzzentren in den Krankenhäusern geäußert hatte.

Nicht so leicht beseitigen lässt sich hingegen die Kritik, die die Arbeitgeber an der Gesetzesvorlage äußern. Auf Druck der Ärzteschaft sei der ursprüngliche Entwurf „so weit zurechtgestutzt worden, dass von dem ohnehin schon saft- und kraftlosen Reförmchen außer Textmakulatur und einer Beitragserhöhung für Versicherte und Unternehmen so gut wie nichts mehr übrig bleibt“, bedauern der Handwerkerverband und die Handelskonföderation in

einer gemeinsamen Pressemitteilung. Nach Ansicht der beiden Patronatsorganisationen fehlt es der Regierung „an Mut und politischem Durchsetzungsvermögen“, um Probleme wie die langfristige finanzielle Absicherung der Gesundheitsversorgung anzugehen.

Die Drohung der Arbeitgeber, aus den Beschlussgremien der Gesundheitskasse (CNS) auszutreten und die Erhöhung der Beitragsätze um 0,1 Prozent nicht mitzutragen, bleibt indes folgenlos. „Uns bleibt nichts anderes übrig, als die Entscheidungen des Gesundheitskassenvorstands auszuführen“, erklärte UEL-Generalsekretär Pierre Bley auf Nachfrage. Anfang kommenden Jahres will der Unternehmerverband in einer Stellungnahme darlegen, wie er sich den Aufbau und die Steuerung der Gesundheitskasse vorstellt. Dabei soll die Neuregelung der Abstimmungskriterien im CNS-Vorstand eine wichtige Rolle spielen. (jm)